PB.L-01-366-2

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Susanne Höpler (KV Ebersberg)

Änderungsantrag zu PB.L-01

Von Zeile 365 bis 367 einfügen:
staatlicher Verantwortung am Gemeinwohl ausrichten. Der Bund muss zudem mehr Verantwortung für das Schienennetz, den Lärmschutz auch an Bestandsstrecken und die Koordinierung des Zugverkehrs im Deutschlandtakt übernehmen. Wir setzen auf ein Wachstum der Schiene bei angemessenem Lärmschutz und sichere Arbeitsplätze im Bahnbereich.

Begründung

Bei der Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene gibt es auch eine Schattenseite: die Anwohner*innen an der Bahn werden dadurch an manchen Strecken stark ansteigendem Lärm ausgesetzt. Daher müssen die davon Betroffenen durch entsprechende Lärmschutzmaßnahmen geschützt werden. Es gibt weniger Lärmbelastung durch Autobahnen außerhalb von Besiedelungen als durch Bahngleise mitten durch über die Jahrzehnte gewachsenen Ortschaften. Dazu gibt es für die Bahn keine Fahrverbote, weder nachts noch an Feiertagen.

Der durch die Züge entstehende Lärm, ohne die Rahmenbedingungen Neubau- oder Bestandsstrecke, ist zuerst einmal gleich. Durch den Zeitpunkt der Erstellung der Strecke werden die Anwohner aber in 2 Kategorien geteilt. Gerade diejenigen, die schon lange Jahre unter Lärm leiden, erhalten nach der heutigen Rechtslage keine Lärmvorsorge und werden somit benachteiligt. Bei einem Neubau der Strecke werden von Anfang an lärmreduzierende, technische Elemente in die Bauausführung einbezogen, ein Grenzwert darf nicht überschritten werden. Dabei werden insbesondere an stark befahrenen Gleisen durch die weitaus dichtere Bebauung an den Bestandsgleisen im Vergleich zu den Neubaugleisen ein Vielfaches der Anwohner*innen steigendem gesundheitsschädlichem Lärm ausgesetzt.

Für eine zukunftsfähige Planung ist es notwendig, die Gesundheit der Anwohner*innen an der Bahn zu schützen und dies von vornherein mit einzubeziehen.

weitere Antragsteller*innen

Hermann Berkhan (KV Peine); Wolfgang Sprick (KV Rheingau-Taunus); Jens Schabacher (KV Bremen-Mitte); Rudi Seibt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Vanessa Closius (KV Hamburg-Mitte); Florian Juhl (KV Pinneberg); Fabio Nicolas Detmer (KV Hamburg-Bergedorf); Ralf Bohr (KV Bremen-Ost); Christian Storch (KV Berlin-Pankow); Michael Günther Bleimeier (KV Ebersberg); Marianne Lay (KV Ebersberg); Niklas Dehne (KV Würzburg-Stadt); Sarah Onken (KV Ebersberg); Klaus Flesch (KV Fürth-Stadt); Christoph Lochmüller (KV Ebersberg); Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt); Georg Hengster (KV Ebersberg); Daniel Jochum (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Veronika Görner (KV Ebersberg); Andreas Kagermeier (KV Freising); Natalie Katholing (KV Ebersberg); Wiebke Garling-Witt (KV Stormarn); Sonja Obermeier (KV Ebersberg); Günter Bock (KV Regensburg-Stadt); Bettina

Goldner (KV Ebersberg); Benjamin Kaufmann (KV München); Burkhard Köppen (KV Traunstein); Konrad Eibl (KV Ebersberg); Matthias Linnemann (KV Ebersberg); Cornelia Lüddemann (KV Dessau-Rosslau); Josef Genghammer jun. (KV Rosenheim); Helmut Obermaier (KV Ebersberg); Hermann Schrag (KV Pfaffenhofen); Moritz Dietz (KV Ebersberg); Felix Dietz (KV München-Land); Stefan Kisters (KV Ebersberg); Anke Remus (KV Ebersberg); Elisabeth Mundelius (KV Ebersberg); Waltraud Gruber (KV Ebersberg); Daniel Lenhart (KV Würzburg-Stadt); Veronika Ruoff (KV Ebersberg); Axel Weingärtner (KV Ebersberg); Reinhard Oellerer (KV Ebersberg); Hermann Maier (KV Ebersberg); Peter Margraf (KV Rosenheim); Jan Geldsetzer (KV Weilheim-Schongau); Brunhilde Rothdauscher (KV Rosenheim)